

Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluß des Landtags; hier: Umweltpolitische Zusammenarbeit zwischen Baden- Württemberg und Polen

Landtagsbeschluß

Der Landtag hat am 20. Februar 1992 folgenden Beschluß gefaßt
(Drucksache 10/6675 lfd. Nr. 24):

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die umweltpolitische Zusammenarbeit zwischen Polen und Baden-Württemberg zu verstärken und hierzu gehörende Maßnahmen in einem „Umweltprogramm Polen/Baden-Württemberg“ zusammenzufassen;
2. soweit das Umweltprogramm Polen/Baden-Württemberg gebietsmäßige Beschränkungen erfordert, Maßnahmen in den Regionen von Breslau, Lodz und Hirschberg bevorzugt zu berücksichtigen;
3. in Abstimmung mit der Bundesregierung an Vorhaben des deutsch-polnischen Umweltrats mitzuwirken und hierbei insbesondere die Umweltvorsorge sowie die umwelttechnologische Weiterentwicklung in beiden Ländern zu fördern;
4. in Zusammenarbeit mit der baden-württembergischen Wirtschaft in der Leitung von Industriebetrieben verantwortlich tätige Mitarbeiter als „Integrierte Experten“ für jeweils 6 bis 12 Wochen in polnische Betriebe zu entsenden;
5. in Baden-Württemberg vorhandenes ökologisches und umwelttechnisches Wissen an polnische Experten zu vermitteln, insbesondere durch
 - lufttechnische Aus- und Fortbildung,
 - die Schulung von Kläranlagenpersonal,
 - die Beratung im Bereich der Abfallwirtschaft und
 - die Beratung und die Unterstützung bei der Qualifizierung im Bereich Naturschutz;
6. Möglichkeiten umwelttechnischer Partnerschaften zwischen Firmen bzw. kommunalen Körperschaften beider Länder zu prüfen und gegebenenfalls zu vermitteln oder vermitteln zu lassen;
7. im Rahmen des Programms eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen dem polnischen Zentralinstitut für Umweltschutz in Warschau sowie der Landesanstalt für Umweltschutz in Baden-Württemberg vorzusehen und in diesem Zusammenhang auch das partnerschaftliche Zusammenwirken mit lokalen und regionalen Umweltgruppen und -verbänden zu fördern;

8. im Rahmen des deutsch-polnischen Umweltrats einen Schwerpunkt der Mitwirkung in der Frage der Walderkrankungen und der Erfassung von Waldschäden zu setzen und hierbei insbesondere hinzuwirken auf
 - Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen,
 - waldbauliche Maßnahmen in den Hauptschadensgebieten sowie
 - eine Neuorientierung der Forstwirtschaft mit dem Ziel der Multifunktionalität, der naturnahen Waldbewirtschaftung, des integrierten Pflanzenschutzes usw.;
9. darauf hinzuwirken, daß unter Mitwirkung von Baden-Württemberg im Bereich des Dreiländerecks Polen/Tschechoslowakei und Bundesrepublik Deutschland (Freistaat Sachsen) ein ständiges Gremium der Zusammenarbeit zuständiger Forst- und Umweltbehörden geschaffen wird mit dem Ziel,
 - dortige Waldschäden regelmäßig zu beobachten und zu veröffentlichen (Monitoring),
 - einen Erfahrungsaustausch über die Schadensursachen sicherzustellen sowie
 - beabsichtigte Maßnahmen zu erörtern und zu optimieren,und dem Landtag jährlich zu berichten.

Bericht

Mit Schreiben vom 25. März 1996 Nr. V-8805. berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Die Zusammenarbeit im Umweltbereich mit Polen entwickelte sich im Jahr 1995 nur sehr verhalten.

Es wurde durchgeführt:

- vom 12. bis 27. August 1995 das zweite Naturschutz-Jugendworkcamp an der Narew (Nordostpolen), vorbereitet von der Akademie für Natur- und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit der Umweltstiftung EURONATUR; es bot weiteren Jugendlichen die Möglichkeit, das Projekt „Grüne Lunge Polen“ kennenzulernen.

Geplant ist:

- vom 3. bis 18. August 1996 das dritte internationale Naturschutz-Jugendworkcamp an der Narew; die Veranstaltung wird wegen der großen Nachfrage im vergangenen Jahr erneut durchgeführt.

Darüber hinaus wurde die Zusammenarbeit mit Polen, wie in der Vergangenheit, auf die Woiwodschaft Lodz konzentriert. Nach zunächst positiven Entwicklungen in den Jahren 1992 und 1993 kam die Zusammenarbeit Anfang 1994 praktisch zum Stillstand.

Das Umweltministerium hat über eine Weiterführung der Kooperation anlässlich des 6. Deutsch-Polnischen Gesprächs „Ökonomie und Ökologie in Deutschland und Polen“ vom 7. bis 9. April 1995 in Bietigheim-Bissingen mit dem Leiter der Umweltschutzabteilung der Woiwodschaftsverwaltung, dem langjährigen Ansprechpartner Baden-Württembergs, diskutiert. Das Umweltministerium hat deutlich die Bereitschaft zur Fortsetzung der Kooperation signalisiert. Die von polnischer Seite bei dieser Gelegenheit angekündigten Kooperationsvorschläge sind bis heute nicht eingegangen.

Das Umweltministerium sieht derzeit keine Perspektive für die Entwicklung der Zusammenarbeit, da entsprechende Initiativen nun von polnischer Seite ausgehen müßten, weshalb angeregt wird, auf die künftige jährliche Berichterstattung zu verzichten.